



IG ehem. DDR-Flüchtlinge, Postfach 25 01 40, 68084 Mannheim
Email: vorstand@iedf.de Homepage: www.iedf.de



VOS-Geschäftsstelle Uhlandstraße 120 10717 Berlin
Email: vos-berlin@vos-ev.de Homepage: www.vos-ev.de

Mannheim/Berlin, den 10.02.2021

Herrn
Horst Seehofer, Bundesminister BMI
- persönlich -
Alt-Moabit 140
10557 Berlin

Ihr Schreiben vom 02.02.2021 Az. 12207/10#5, Eleonore Petermann

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

haben Sie herzlichen Dank für Ihr Schreiben, mit dem Sie auf unseren kritischen Kommentar zum Abschlussbericht der Kommission „30 Jahre ...“ reagiert haben. Zunächst möchten wir uns für Ihr klares Bekenntnis zur Bedeutung der Flucht- und Ausreisebewegung und ihrer Rolle im Prozess der Destabilisierung der SED-Diktatur bedanken.

Dennoch müssen wir unsere kritische Position aufrecht erhalten.

Auf der website www.deutschland-ist-eins-vieles.de (Seite 33) des Abschlussberichtes werden die Schwerpunkte der Agenda genannt: **„Dialoge führen“**, **„Meilensteine würdigen“**, **„Wissen vermitteln“**. Auch nach intensivem nochmaligem Studium des Abschlussberichtes haben wir keinen Hinweis auf die Flucht- und Ausreisebewegung finden können. Nichts davon.

- **„Dialoge führen“**. Ja, das war in der Tat unser Wunsch gewesen. Wir hatten uns kurz nach der Pressemitteilung zur Berufung der Kommission bei Matthias Platzeck vorgestellt und angeboten, dass wir sehr gern in geeigneter Weise mitwirken würden. Unsere mehrfachen Anfragen wurden ignoriert.
- **„Meilensteine würdigen“**. Wir haben uns alle aufgeführten „Meilensteine“ angeschaut. Die chronologische Reihenfolge beginnt im Herbst 1989. Das Phänomen Flucht und Ausreise, insbesondere der 70-er, 80-er Jahre, als eine gewaltige, für das SED-Regime verheerende Entwicklung, wird mit keiner Silbe erwähnt. Die wunderbare Erlösung, die die Botschaftsbesetzer in Prag vom damaligen Außenminister H.-D. Genscher zu hören bekamen, ist der einzige kurze Blick auf das Thema Ausreise.
Aber: Dieses Ereignis gehört zum Sommer/Herbst 1989.

- **„Wissen vermitteln“**. Den schönen Satz „Ohne Vergangenheit keine Zukunft“ teilen wir uneingeschränkt mit der Kommission. Auf die Vergangenheit wurde im Abschlussbericht zwar Bezug genommen. Aber ein wichtiges, eigentlich das wichtigste Element fehlt: lebensgefährliche Flucht aus der DDR über den eisernen Vorhang, Stellung eines Ausreiseantrages mit all den damit verbundenen Schikanen und ungewissem Ausgang, politische Haft in Cottbus, Berlin-Hohenschönhausen oder Hoheneck und der erstrebte, aber ebenso ungewisse Freikauf. Durchgängig Fehlanzeige.

Unter den 22 Mitgliedern der Kommission sind 20 Personen mit einer reinen republikfluchtfreien DDR-Biografie. Konnte man von ihnen erwarten, dass sie sich freiwillig dem Phänomen der „Republikflucht“ widmen? Schließlich waren die „Republikflüchtigen“ schon zu DDR-Zeiten diskreditiert. In der offiziellen Lesart waren sie Verräter an der Sache des Friedens und des Sozialismus, die zum Klassenfeind übergelaufen sind. Aus der Sicht der normalen Bürger handelte es sich bei denen um fragwürdige Typen, die um eines Lebens im „goldenen Westen“ willen ihren Arbeitsplatz und ihre Familien im Stich ließen.

Die DDR-Altübersiedler haben durch ihr Handeln das historische Ereignis „Friedliche Revolution“ vorbereitend geebnet und entscheidend mitgeprägt, und zwar zu einer Zeit, als in der DDR an eine oppositionelle Bürgerbewegung noch nicht zu denken war. Das haben Sie ja auch in Ihrem o. g. Brief anerkannt. Es ist absolut inakzeptabel, dass deren Würdigung in den beiden Jubiläumsjahren außen vor geblieben ist und diese Aspekte im Abschlussbericht fehlen.

Es stellt sich nun die Frage, warum die Kommission das Thema „Flucht und Ausreise“ so eng gefasst und auf das Jahr 1989 beschränkt hat.

Aus der Sicht der Opferverbände drängt sich die Antwort auf:

Die DDR-Altübersiedler kämpfen seit vielen Jahren um die Wiederherstellung der Rechte, die ihnen unter Berufung auf den Beitritt der DDR aberkannt worden sind. Die Anerkennung ihrer Lebensleistung wurde moralisch beschädigt. Ihre Lebensgrundlagen für die Jahre nach Beendigung ihrer Erwerbstätigkeit sind teilweise existenzbedrohend geschrumpft.

Der Gesetzgeber hat eine derartige Maßnahme zu keiner Zeit legitimiert. Der 16. Bundestag hatte bereits im Jahre 2012 (Petition 3-16-11-8222-015348) eine Lösung des Konfliktes im Sinne der DDR-Altübersiedler verlangt, ist aber an der Bundesregierung gescheitert. Beim 19. Bundestag liegt seit April 2018 die Beschwerde Pet. 3-19-11-8222-006233 und wartet auf eine rechtsstaatlich saubere Beschlussempfehlung.

Die Bundesregierung besteht bis heute darauf, dass es bei der „politischen Entscheidung“ (Originalton BMAS!) zu Lasten der DDR-Altübersiedler zu bleiben hat.

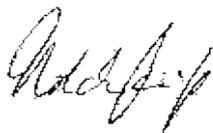
Es ist unschwer zu erkennen, dass man durch die Ausgrenzung der DDR-Altübersiedler aus der Agenda der Kommission vermeiden wollte, dass dieses Thema an die politische und mediale Oberfläche gespült wird.

DDR-Übersiedlern, die in der Zeit der deutschen Teilung im Westen ankamen, wurde regelmäßig ein vom Bundesinnenminister herausgegebener „Wegweiser für DDR-Übersiedler“ ausgehändigt. Die direkte Ansprache durch den Bundesinnenminister generierte eine Art Urvertrauen in die christdemokratisch geführte Bundesregierung.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn Sie als amtierender christlich sozialer Bundesinnenminister sich dieser Tradition anschließen und sich in geeigneter Weise des seit mehreren Legislaturperioden schwelenden Konfliktes annehmen würden.

Um unnötige Wiederholungen zu vermeiden, legen wir unsere an Sie gegangenen Briefe vom 17.09.2019 und 27.05.2020 bei.

Mit freundlichen Grüßen,



Dr.-Ing. Jürgen Holdefleiß
(Vorsitzender IEDF)



Felix Heinz Holtschke
(VOS Landesvorsitzender NRW)

Anlagen